

# «Wir brauchen Lösungen für die Zukunft unserer Nachkommen»

**Interview** Die FBP ist mit parlamentarischen Vorstössen an der Umsetzung des 6-Punkte-Programms für die zweite Jahreshälfte 2011. Im Interview nehmen die beiden Landtagsabgeordneten Elmar Kindle und Manfred Batliner Stellung zu dem bereits eingereichten Postulat Mobilität und der Initiative Wohnbauförderung.



«Es macht beim vorliegenden hohen Verkehrsaufkommen keinen Sinn, dass der Verkehr mit dem Ziel Industrie Triesen über Vaduz umgeleitet wird»: FBP-Abgeordneter Elmar Kindle. (Foto: Michael Zanghellini)



«Ich möchte, dass unsere Enkel die gleich guten Bedingungen in der Altersvorsorge haben werden wie wir jetzt. Es darf nicht sein, dass wir auf Kosten unserer Enkel wirtschaften»: Manfred Batliner, FBP-Abgeordneter. (Foto: Paul Trummer)

VON GÜNTHER MEIER

«Volksblatt»: Manfred Batliner, bevor wir auf die parlamentarischen Vorstösse eingehen, zuerst noch eine Frage zur AHV. Sie haben einen Antrag im Landtag eingebracht, der in der Zwischenzeit bei einigen Abgeordneten offenbar Probleme verursacht. Was war Ihre Absicht bei diesem Antrag?

**Manfred Batliner:** Meine Absicht war, den Staatsbeitrag bis 2017 zu begrenzen. Gleichzeitig aber auch den Anstoss zu geben, dass für den Zeitraum nach 2018 eine Lösung gesucht wird, für alle Beteiligten eine optimale Lösung. Diese Lösung muss die demografische Entwicklung berücksichtigen, das heisst, wir müssen mit dem Problem umgehen, dass immer mehr Leute AHV beziehen und immer weniger junge Leute AHV einzahlen. Mit meinem Antrag habe ich hoffentlich erreicht, dass endlich nach einer richtigen Lösung gesucht wird.

Sie sprechen von einer enkeltauglichen Lösung: Was verstehen Sie konkret darunter?

**Manfred Batliner:** Wenn wir den Vorstellungen der Regierung folgen, die weniger Staatsmittel für die AHV vorsehen, wird die AHV sozusagen ausgehungert. Die Staatskasse wird saniert, dafür aber bleibt für die AHV weniger übrig. Ich möchte, dass unsere Enkel die gleich guten Bedingungen in der Altersvorsorge haben werden wie wir jetzt. Es darf nicht sein, dass unsere Enkel schlechter gestellt werden, es darf nicht sein, dass wir auf Kosten unserer Enkel wirtschaften.

Elmar Kindle, der erfolgreiche Antrag von Manfred Batliner hat der FBP den Vorwurf der VU eingebracht, die AHV zu gefährden. Sehen Sie diese Gefahr auch?

**Elmar Kindle:** Überhaupt nicht. Aber mit dem Beschluss des Landtags ist der Punkt erreicht, der uns zum Handeln zwingt. Die Regierung hat den klaren Auftrag, eine Lösung für die AHV zu finden, die zukunftsgerichtet ist. Wenn wir so weitermachen wie bisher, dann wird die AHV langsam aber sicher immer schmaler und entspricht nicht mehr dem Grundgedanken unserer Vorfahren, damit eine Alterssicherung zu schaf-

fen, die für die Grundversorgung ausreicht.

Wie man gehört hat, soll das Thema AHV auch ein Gesprächspunkt für den Koalitionsausschuss FBP und VU sein.

**Elmar Kindle:** Das stimmt! Wenn die VU den Koalitionspartner FBP auffordert, eine Angelegenheit im Koalitionsausschuss zu besprechen, dann folgt die FBP natürlich dieser Aufforderung. Wir sind Partner in einer Koalition, was aber nicht bedeutet, dass man in allen Fragen die gleiche Auffassung haben muss. Koalition heisst auch, sich zu einer gemeinsamen Lösung durchzuringen.

Eine Frage für Sie nicht als Abgeordneter, sondern als Vizepräsident der FBP: Hat sich dieses Instrument in den vergangenen knapp drei Jahren überhaupt bewährt?

**Elmar Kindle:** Ich denke schon, obwohl ich hinzufügen muss, dass ich noch nie dabei war bei einer solchen Besprechung. Für mich steht im Vordergrund, dass umstrittene Fragen beim Auftauchen von Problemen besprochen werden müssen und dass bei einer Lösung das Wohl des Volkes und des Landes im Vordergrund stehen muss, nicht das Wohl oder der wahltaktische Vorteil einer Partei.

Manfred Batliner, nun zu den parlamentarischen Vorstössen. Es gibt eine Initiative für den Wohnungsbau. Was fordert die FBP mit dieser Initiative?

**Manfred Batliner:** Wir wollen eine Stärkung des Mittelstandes. Viele sind nicht mehr in der Lage, in unserem Land ein eigenes Heim zu bauen oder zu erwerben und müssen deshalb in die Schweiz ausweichen. Das ist keine Zukunftsperspektive.

Es gibt im 6-Punkte-Programm auch einen Punkt, der die Abschaffung der Ausnutzungsziffer fordert. Was wollen Sie damit erreichen?

**Manfred Batliner:** Die Abschaffung der Ausnutzungsziffer soll dazu dienen, dass die Gemeinden in den Kernzonen eine optimierte Siedlungspolitik betreiben können. Die zur Verfügung stehenden Grundstücke sollen besser ausgenutzt werden. Damit ist auch die Hoffnung verbunden, dass die Preise sich ver-

ändern. Wir wollen jedoch nicht, dass die Bodenpreise weiter steigen, sondern dass mit der besseren Ausnutzung der Grundstücke die Überbauungen durch gemeinsame Bauherrschaften günstiger werden.

Elmar Kindle, die FBP fordert von der Regierung eine Machbarkeitsstudie für einen Industriezubringer Vaduz - Triesen. Gibt es diese Notwendigkeit?

**Elmar Kindle:** Ich bin der Auffassung, dass wir diesen Industriezubringer von der Rheinbrücke Vaduz - Sevelen bis zum Industriegebiet in Triesen brauchen. Mit einer solchen Massnahme kann die Verkehrsachse Triesen - Vaduz sowie der Au-Kreisel entlastet und der öffentliche Verkehr noch mehr bevorzugt werden. Weiter kann man den Rheindamm wieder den Fussgängern und Radfahrern übergeben. Auf der anderen Seite ist es logisch, dass der Zielverkehr direkt zum Ziel geführt wird. Es macht beim vorliegenden hohen Verkehrsaufkommen keinen Sinn, dass der Verkehr mit dem Ziel Industrie Triesen über Vaduz umgeleitet wird.

Manfred Batliner, zwischen Bendern und Eschen soll ein Radweg gebaut werden, fordert die FBP, der aber nicht entlang der bestehenden Landstrasse führt. Braucht es so einen Radweg wirklich?

**Manfred Batliner:** Der Radweg soll vor allem für Arbeitspendler eine attraktive Alternative zum privaten Motorfahrzeug werden. Gleichzeitig kann ein separater Radweg auch für die Freizeit sinnvoll sein. Insbesondere wird ein separater Radweg zur Sicherheit beitragen. Wir verlangen eine Abklärung, wo eine Radweg-Verbindung zwischen Eschen und Bendern gemacht werden kann, ohne dass grosse Umwege in Kauf genommen werden müssen.

Manfred Batliner, nochmals zurück zur AHV. Für Ihren Antrag haben Sie 13 Stimmen erhalten, also haben auch 3 Abgeordnete von den beiden anderen Parteien mit Ihnen gestimmt. Wissen Sie, wer es ist und planen Sie mit diesen drei Mitstreitern das weitere Vorgehen?

**Manfred Batliner:** Natürlich kenne ich die «Mitstreiter». Vorerst aber sehe ich keinen Handlungsbedarf. Bis

2017 ist die Entscheidung gefallen. Was nachher geschehen soll, kann in aller Ruhe erarbeitet werden. Ich erwarte Lösungsvorschläge der Regierung in den Jahren 2013 oder 2014. Dann muss festgelegt werden, was nach 2017 geschieht. Wenn wir die geforderte enkeltaugliche Lösung haben, dauert es ungefähr zehn Jahre, bis sie wirksam wird. Wir haben noch ein wenig Zeit, um diese Lösung zu finden, aber viel Zeit steht nicht mehr für eine nachhaltige Lösung zur Verfügung.

Elmar Kindle, auch an Sie eine Schlussfrage, die über die parlamentarischen Vorstösse hinausgeht. Wir vernehmen hin und wieder in der Öffentlichkeit, dass Regierungschef Klaus Tschütscher gern Alleingänge mache, bei heiklen Fragen aber immer die Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner betone. Wie schätzen Sie diese Beobachtungen ein?

**Elmar Kindle:** Es scheint zu den taktischen Hilfsmitteln des Regierungschefs zu gehören, bei unangenehmen oder wichtigen Entscheidungen die Koalitionsregierung als Team vorzustellen. Die Einschätzung der Öffentlichkeit, dass er gern allein auftritt bei populären Entscheidungen, ist nicht ganz unrichtig. Für mich ist wichtig, dass die FBP zur Koalition steht. Wir haben uns zur Koalition bereit erklärt und damit auch zur Zusammenarbeit in den wichtigsten Fragen für unser Land. Dazu stehen wir und danach handeln wir auch.

Die FBP wirft dem Regierungschef aber Koalitionsbruch vor!

**«Mit der Initiative für den Wohnungsbau wollen wir den Mittelstand stärken.»**

MANFRED BATLINER  
FBP-LANDTAGSABGEORDNETER

**Elmar Kindle:** Für die Koalitionsregierung, die auch eine Kollegialregierung wie der Bundesrat in der Schweiz ist, gilt die Regel, dass die Regierung ge-

gen aussen nur mit einer Stimme spricht. Richtig ist, dass der Regierungschef beispielsweise bei der Frage des Spitals seine ablehnende Haltung klar zum Ausdruck gebracht hat. Damit hat er sich nicht an die Spielregeln gehalten, die für die Kollegialregierung gelten. Die FBP und die FBP-Mitglieder haben sich in dieser Koalitionsregierung an diese Regel gehalten. Man muss sich einfach die Frage stellen: Was wäre, wenn sich keiner der Regierungsmitglieder an die eiserne Regel des Kollegialprinzips halten würde?